

PONTIFICIO COMITATO DI SCIENZE STORICHE

ATTI E DOCUMENTI

22

SANTA SEDE E RUSSIA DA LEONE XIII A PIO XI

*Atti del secondo Simposio organizzato
dal Pontificio Comitato di Scienze Storiche
e dall'Istituto di Storia Universale
dell'Accademia Russa delle Scienze*

Vienna, 25-30 aprile 2001

a cura di

MASSIMILIANO VALENTE



LIBRERIA EDITRICE VATICANA

© Copyright 2006 - Libreria Editrice Vaticana - 00120 Città del Vaticano
Tel. (06) 698.85003 - Fax (06) 698.84716

ISBN 88-209-7782-6

www.libreriaeditricevaticana.com

DIE ÖSTERREICHISCHE DIPLOMATIE DER ERSTEN REPUBLIK IM DIENSTE VON INTERESSEN DES HEILIGEN STUHLES IN DER SOWJET-UNION

RUPERT KLIEBER

Die Umwälzungen in Russland bzw. in den Ende 1922 zu einer Union vereinigten Sowjet-Republiken haben die letzten Monate der krisengeschüttelten Habsburgermonarchie und die ihr nachfolgende Erste Österreichische Republik in vielfacher Weise betroffen. Allgemein versetzten sie die politische Öffentlichkeit des Landes – je nach politischem Standort – in Furcht oder Hoffnung, sie könnten auf die österreichische Gesellschaft ausstrahlen. Im Vordergrund der offiziellen diplomatischen Bemühungen standen anfänglich Fragen der Rückführung von Kriegsgefangenen (Kopenhagener Abkommen 1920) und späterhin jene einer Wiederbelebung des wirtschaftlichen Austausches. Ihnen stellten sich in den ersten Jahren der Republik noch einige Restriktionen der Alliierten Siegermächte hemmend entgegen.¹ Mit der Einsetzung einer Regierungskommission unter der Leitung des damaligen Pressechefs im Staatsamt für Äußeres, Dr. Otto Pohl, und ihrer Entsendung nach Sowjetrußland verfügte die junge Republik ab 5. August 1920 über einen offiziellen Kommunikationsweg zur russischen Revolutionsregierung. Obgleich ihr Mandat nur die systematische Heimholung von Kriegsgefangenen benannte, nahm sie alsbald eine Reihe diplomatischer und wirtschaftlicher Agenden wahr.² Im Dezember 1921 erfolgte die

De-facto-Anerkennung Sowjetrußlands durch Österreich; Pohl avancierte 1922 zum bevollmächtigten Vertreter der Republik in Moskau.³ Wenngleich einzelne Fragen (insbesondere jene der vormaligen Botschaftsgebäude) noch längere Zeit strittig blieben, nahmen die beiden Staaten mit einem Notenaustausch am 25. Februar 1924 schließlich volle diplomatische Beziehungen zueinander auf; die Leitung der österreichischen Mission in Moskau oblag weiterhin dem nunmehrigen Gesandten Pohl im Range eines außerordentlichen Ministers.⁴ Der engagierte Sozialdemokrat und erklärte Konfessionslose jüdischer Herkunft baute sich in der Zeit seines Wirkens in Moskau gute Kontakte zu einigen führenden Sowjetpolitikern sowie Vertretern der künstlerischen Avantgarde des Landes auf und gehörte damit zu den bestinformierten Diplomaten in Moskau. Zusammen mit dem 1924 verstorbenen Ludo Hartmann galt er jedoch im durchgehend konservativen österreichischen diplomatischen Korps als ein »linker Fremdkörper« und geriet zusehends unter Beschuß gegnerischer politischer Kreise und Presseorgane. Im Dezember des Krisenjahres 1927 erfolgte seine Ablöse durch den deklarierten Katholiken Baron Dr. Robert Egon Hein, dessen Persönlichkeit und behäbige Amtsführung sich stark von jener seines Vorgängers abhoben.⁵

Die politischen und ökonomischen Umbrüche sowie ihre dramatischen Folgen für das gesellschaftliche Gefüge des neuen Russland (v.a. Bürgerkrieg und eine andauernde Hungersnot) standen anfänglich im Vordergrund des internationalen Augenmerks. Erst allmählich nahm man auch die nicht weniger einschneidenden Maßnahmen gegenüber den Religionsgemeinschaften wahr. In erster Linie betrafen diese die eng mit dem *Ancien Regime* verwobene Russisch-Orthodoxe Kirche, die erst unmittelbar vor der Oktoberrevolution zu ihrer traditionellen Patriarchatsverfassung zurückgefunden hatte. Die sofort einsetzende Verfolgung reichte bekanntlich von der rechtlichen Minderstellung und vollständigen Enteignung, über die Schließung eines

³ HAIDER, *Beziehungen*, S. 135.

⁴ JEFREMOW, *Beziehungen*, S. 42.

⁵ HAIDER, *Beziehungen*, S. 135-143 bzw. 195-197. Zum Missvergnügen österreichischer Regierungskreise blieb Pohl auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand in Moskau und fungierte ab 1929 sogar als Herausgeber und Chefredakteur der deutschsprachigen »Moskauer Rundschau« (bis zu ihrer Einstellung 1934), die schon in ihren ersten Nummern die österreichische Innen- und Außenpolitik negativ kommentierte. Nach Aberkennung seiner Staatspension 1934 und einem unstillen Wanderleben durch halb Europa kehrte er aus Furcht vor dem zunehmenden Staatsterror Stalins nicht mehr in die Sowjetunion zurück, sondern ließ sich – inzwischen völlig verarmt – in einem provençalischen Dorf nieder, wo er sich als Landarbeiter verdingte und – seine Auslieferung nach Deutschland vor Augen – 1940 selbst den Tod gab.

¹ Die Forschungsliteratur zur Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen der Ersten Republik Österreich und der Sowjetunion konzentriert sich weitgehend auf die Problemkreise Kriegsgefangene und Wirtschaft; siehe dazu v.a.: Edgard HAIDER, *Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918-1938*, Diss.phil. Wien 1975; A.A. AKHTAMZIAN, *Stanovlenie diplomaticheskikh odnoszenii Sovetskogo gosudarstva s Avstriei (1920-1924 GG.)* [Consolidation of diplomatic relations between the Soviet state and Austria, 1920-24], in «Voprosy Istorii» [USSR] 1984/4, S. 30-42; *Österreich und die Sowjetunion 1918-1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen*, hg. von der Historikerkommission der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft, Wien 1984, insbesondere die Artikel: Hanns HAAS, *Österreichisch-sowjetische Beziehungen zur Zwischenkriegszeit*, S. 21-37, und Alexander JEFREMOW, *Die sowjetisch-österreichischen Beziehungen bis 1938*, S. 38-51; Gertrude ENDERLE-BURCELLI, *Die Wiederaufnahme der österreichisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nach dem 1. Weltkrieg*, in «Zeitgeschichte» [Austria] 1986 13/5, S. 167-178.

² ENDERLE-BURCELLI, *Die Wiederaufnahme*, S. 168.

Großteils der Kirchen und Klöster bis hin zur physischen Liquidierung einer hohen Zahl von Religiösen und Klerikern. Sie erlebte einen ersten Höhepunkt im Jahr 1922 und wurde auch nach der demonstrativen Loyalitäts-Bekundung des stellvertretenden Patriarchatsverwesers Metropolit Sergij (Stragorodskij) gegenüber der neuen staatlichen Ordnung im Juli 1927 fortgesetzt.⁶ Die Maßnahmen gegen andere christlichen Kirchen fielen im Vergleich dazu quantitativ zwar kaum ins Gewicht, waren im Wesentlichen aber von derselben Qualität. Jene konnten jedoch eher als ihre große orthodoxe Schwester auf eine Hilfe des Auslandes hoffen, sei es durch die Nutzung diplomatischer Einrichtungen oder eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung zu ihren Gunsten.

Dies traf etwa auf die überwiegend polnisch geprägten katholischen Gemeinden Russlands zu, deren Schicksal alsbald zum Gegenstand der Berichterstattung kirchennaher Medien sowie diplomatischer Bemühungen wurde, insbesondere jener des Heiligen Stuhles und der neuen polnischen Republik (siehe Beitrag: E.S. Tokareva). Im Sinne der forcierten Konkordatspolitik, die unter Benedikt XV. (1914-1922) im Hinblick auf die deutlich veränderte politische Landschaft Europas konzipiert und unter Pius XI. (1922-1939) fortentwickelt worden war,⁷ versuchte der Heilige Stuhl auch mit der neuen Führung Russlands bzw. der folgenden Sowjetunion einen völkerrechtlich verbindlichen *modus vivendi* zu finden, um für die Katholiken des Landes ein geregeltes kirchliches Leben zu gewährleisten. Trotz veröhnlicher Gesten des Heiligen Stuhles, einer großzügigen päpstlichen Hilfsaktion für die darbenende Bevölkerung (unter Leitung des amerikanischen Jesuiten Edmund Walsh ab 1922) und mehrerer diplomatischer Vorstöße (u.a. zur Internationalen Konferenz von Genua 1922, Verhandlungen auf dem Boden der Berliner Nuntiatur 1924) führten diese Bemühungen nicht zum gewünschten Ziel. Sie scheiterten letztlich an den intransigenten Kräften in der sowjetischen Führung, die alsbald nicht nur das öffentliche religiöse Leben der Katholiken sondern auch das physische Leben der kirch-

⁶ Vladimir IVANOV, Artikel: *Rußland*, in: Theologische Realenzyklopädie (TRE) XXIX, Berlin / New York 1998, S. 503-504; weiterführende Literatur auch bei: Étienne FOUILLOUX, *Die bedrohten Ostkirchen*, in *Die Geschichte des Christentums. Religion / Politik / Kultur*, hg. von Norbert BROX, Band 12, Freiburg im Breisgau 1992, Abschnitt: *Das verfolgte Moskau*, S. 927-943.

⁷ Mit weiterführender Literatur: Jean-Marie MAYEUR, *Die Kirchen und die internationalen Beziehungen*, Kap. IV/2: *Die katholische Kirche / Die Konkordatspolitik*, in *Die Geschichte des Christentums. Religion / Politik / Kultur*, hg. von Norbert BROX, Band 12, Freiburg i. B. 1992, S. 378-383.

lichen Amtsträger und Ordensleute bedrohten: Edward von Ropp, als Bischof von Mohilev Metropolit über alle Katholiken auf russischem Territorium, sowie sein Nachfolger Joann Cieplak verdankten im Jahr 1919 bzw. 1924 wohl nur den Interventionen des Auslandes bzw. Roms ihre Begnadigung von der Todesstrafe zum Exil.⁸ Spätestens mit der Ausweisung der päpstlichen Hilfsmission im September 1924 war der Heilige Stuhl für die wirksame Artikulierung seiner Interessen in der Sowjetunion auf die Unterstützung anderer Regierungen angewiesen, von denen zahlreiche im selben Jahr volle diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion eingegangen waren (u.a. Großbritannien, Italien, Norwegen, Österreich, Schweiz, Griechenland). Der vorliegende Aufsatz sucht eine Antwort auf die Frage, inwieweit die österreichische Diplomatie der Ersten Republik in diesem Sinne dem Heiligen Stuhl bzw. kirchlichen Anliegen zu Diensten war.

Das Wiener Außenamt, dessen vorrangige Bemühungen dem Auf- und Ausbau ökonomischer Beziehungen zum neuen Russland galten, zeigte alsbald auch Interesse, die in den Printmedien verbreiteten Nachrichten über die Lage der Kirchen im Lande durch Informationen der eigenen diplomatischen Kanäle zu ergänzen bzw. überprüfen. Aufgrund der bekannten politischen Einstellung ihres Leiters war von der österreichischen Vertretung in Moskau offenbar keine vertrauenswürdige Aufklärung darüber zu erwarten, sodass man in Wien vorerst durch Berichte anderer Missionen zu weiteren Erkenntnissen gelangte. So wußte im Mai 1922 ein österreichischer Generalkonsul aus Lemberg über Bestrebungen zu berichten, im Windschatten der neuen Verhältnisse und mittels der Unierten Kirche das Schisma zwischen Rom und der russischen Orthodoxie zu überwinden:

»Der Umsturz in Russland weckte in vatikanischen und einzelnen westeuropäischen Kreisen die Hoffnung auf die Möglichkeit einer Rueckkehr der Orthodoxie zum Kotholizismus. Diese Hoffnungen erhalten nun durch die Nachrichten von Verhandlungen zwischen den russischen Bolschewiken und dem Vatikan in Genua neue Nahrung. / Die Beseitigung des Schizmas war bekanntlich eine politische Lieblingsidee des verstorbenen Papstes Benedikt

⁸ Zum Fall Ropp siehe: Angelo TAMBORRA, *Chiesa cattolica e Ortodossia russa. Due secoli di confronto e dialogo*, Milano 1992, S. 397-398; zum Fall Cieplak siehe Buchbeitrag Eugenia S. TOKAREVA. Die Vorgänge um Bischof Cieplak hatten insofern auch eine österreichische Note, als er auf seiner Fahrt von Warschau nach Rom, wo ihm ein demonstrativ aufmerksamer Empfang bereitet wurde, am 6. Mai 1924 in Wien Station machte und im Pfarrhof der polnischen Kirche Quartier nahm: Polizeibericht ans Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, Wien 7.5.1924, Zl. IV 2433 in ÖStA/AdR, Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (BKA/AA), Neues Politisches Archiv (NPA) 667, Fasc. *Russland* 3/2, o.S.

XV. und besteht eine solche Bewegung auch unter der russischen Emigration, speziell unter der in Konstantinopel. Diesem Zwecke diene die Schaffung einer speziellen Kongregation fuer die oestlichen Kirchen im Dezember 1917 und die Gruendung des orientalischen Institutes, bestimmt zur Heranbildung von Klerikern lateinischer Liturgie fuer den Dienst im Osten. Weil nun die grichisch-katholische Kirche, aber auch die orthodoxe Kirche die altslavische Liturgie gebrauchen, scheint sich der Vatikan, wohl unter dem Einflusse des auch in der russischen Ukraine maechtigen Erzbischofs Grafen Szeptycki, der ersteren und ihre hauptsaechlichen Bekenner der Ruthenen zur Durchfuehrung dieser Propaganda in der russischen Ukraine und Suedrussland bedienen zu wollen. [...] In diesem Zusammenhange gewinnt auch der Empfang der westukrainischen Delegation durch den Erzbischof von Genua eine besondere Bedeutung. [...]«.⁹

Er wies im Weiteren jedoch darauf hin, dass solche Bestrebungen sowie ihr Wortführer in der polnischen Öffentlichkeit auf große Ablehnung stießen.

Schriftverkehr zwischen einzelnen Gesandtschaften und Wien verursachte auch die erwähnte Causa des zum Tode verurteilten polnisch-stämmigen Bischofs Cieplak ab April 1923. Die österreichische Vertretung in Warschau setzte den damaligen Außenminister Dr. Alfred Grünberger über die zugunsten des Verurteilten unternommenen diplomatischen Schritte der polnischen Regierung bzw. von Vertretern anderer Staaten in Kenntnis und korrigierte dabei auch anderslautende Presseberichte: Es habe in dieser Sache keine Kollektivaktion des diplomatischen Korps in Warschau gegeben; vielmehr seien am 28. März d.J. der päpstliche Nuntius sowie der amerikanische und schweizerische Gesandte bei ihrem deutschen Kollegen Dr. Rauscher vorstellig geworden und hätten erfolgreich dessen Intervention beim russischen Vertreter Obolenski erwirkt.¹⁰ Ein in französischer Sprache verfaßter Lagebericht ähnlichen Inhalts mit dem besonderen Verweis auf den überwiegend polnischen Charakter des russischen Katholizismus sowie der Anregung zu scharfen Protesten der Westmächte und des Hl. Stuhles

⁹ Abschrift eines Schreibens des Generalkonsuls Wurzian an das »Bundesministerium fuer Aeusseres (pol. Sektion)«, Lemberg 5.5.1922, Zl. 27/P in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/1, ff. 127-128. Die im Schreiben vorkommenden Rechtschreibfehler bzw. Abweichungen von der üblichen Schreibweise wurden in der Wiedergabe beibehalten.

¹⁰ Schreiben der Österreichischen Gesandtschaft Warschau an den »Bundesminister für Aeusseres«, 3.4.1923, Z.1009 in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2 (Priesterverfolgungen in Russland 1923), o.S.

erging – entsprechenden Vermerken nach zu schließen – an die Vertretungen Österreichs in Moskau, Berlin, Rom, Bern (handschriftlich gestrichen), Washington, Sofia, Prag, Bukarest, Belgrad und London (handschriftlich ergänzt).¹¹ Im Juli desselben Jahres übermittelte die österreichische Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl die Ausführungen Kardinal Gasparris über Priesterverfolgungen in Russland nach Wien, ferner Informationen zu der vom Papst überraschend für den 1. Juli einberufenen und dem Thema Russland gewidmeten Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten sowie zur bevorstehenden päpstlichen Hilfsmission unter der Leitung des Pater Walsh SJ.¹²

Bewegten sich diese Schritte noch weitgehend im Rahmen des üblichen diplomatischen Informationsaustausches, so finden ab dem Jahr 1927 darüber hinausgehende Aktivitäten ihren Niederschlag in den Akten. Sie nahmen direkt auf Verhältnisse in der Sowjetunion Bezug und betrafen auch die Gesandtschaft in Moskau. Es handelte sich dabei vor allem um die diplomatische Hilfe für kirchliche Initiativen zur Sicherung der Seelsorge an russischen Katholiken deutscher Zunge. Schon der erste geschilderte Fall zeigt die enormen Schwierigkeiten aller Betroffenen – inklusive der bevollmächtigten Vertreter des Heiligen Stuhles –, zu authentischen Informationen über die Vorgänge in der Sowjetunion zu gelangen.

1. Eine Affäre Pater Josef Schweigel SJ? – Pläne zur Errichtung eines deutschen katholischen Priesterseminars in Leningrad und die Ablöse des österreichischen Gesandten in Moskau

Im Februar 1927 empörte sich der Chefredakteur der *Reichspost* und damit des wichtigsten Sprachrohrs des österreichischen politischen Katholizismus, Dr. Friedrich Funder, in einem Brief an Bundeskanzler Ignaz Seipel (1922-1924, 1926-1929) über das angeblich feindselige Verhalten eines »österreichischen Konsuls« in Moskau gegenüber einem Tiroler Jesuiten: Dieses habe sein Vorhaben vereitelt, in Petersburg zusammen mit einigen Ordensmitgliedern ein katholisches Priesterseminar zu errichten, während eine analoge protestantische Anstalt dort sehr wohl hätte gegründet werden können. Diese

¹¹ Lagebericht zur Situation des russischen Katholizismus, Wien 11.4.1923, Zl. 1009/1, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

¹² Schreiben der österreichischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl, Z.1121/1 ex 1923, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

Information stammte laut eigener Angabe aus zweiter Hand, vom deutschen katholischen Publizisten Friedrich Lama aus Füssen. Der Brief endet mit der Empfehlung, den betroffenen Beamten nachhaltig an seine Amtspflichten zu erinnern. Der Bundeskanzler sicherte in einem privaten Antwortschreiben eine umgehende Klärung der Angelegenheit zu.¹³ Diese war insofern rasch herbeizuführen, als ein der Gesandtschaft in Moskau zugeteilter und urlaubsbedingt in Wien weilender Legationsrat dazu befragt werden konnte. Seipel übermittelte den dabei erhobenen, vergleichsweise wenig spektakulären Sachverhalt wiederum umgehend an Funder: Pater Schweigel habe sich in Begleitung eines amerikanischen Mitbruders im November des vorangegangenen Jahres einzig nach den Modalitäten einer Aufenthaltsbewilligung erkundigt; nach diesem, laut Aussage des Beteiligten »in den angenehmsten Formen« verlaufenen Gespräch habe kein weiterer Kontakt mehr stattgefunden. In einem eigenhändigen Zusatz verwies Seipel auf die unterschiedliche Glaubwürdigkeit von Gesprächszeuge und Informant:

»Persönlich füge ich hinzu: Du kennst sicher Dr. Hudeczek persönlich, und ebenso seine katholische Gesinnung und christlich-soziale Parteizugehörigkeit. Andererseits weißt Du, dass die Sensationsmeldungen Lama's in vielen Fällen bereits als äusserst verdächtig erwiesen sind. Endlich wenden sich Österreicher mit Beschwerden nicht über Lama an uns sondern wissen den direkten Weg.«¹⁴

Unabhängig von dieser Klarstellung zog die Causa offensichtlich weitere Kreise und führte zu einem diplomatischen Vorstoß der Vertretungen des Heiligen Stuhles in Wien und Berlin, der ihr eine sehr viel allgemeinere Wendung gab; von ihm wird noch zu handeln sein. Die entsprechende Stellungnahme der Apostolischen Nuntiatur in Wien ging auch auf den Fall Schweigel ein und enthielt einen Seitenhieb auf den österreichischen Gesandten in Moskau:

»[...] L'Austria ha un Ambasciatore ebreo a Mosca, il quale se è rifiutato di dare in alcuna maniera appoggio ai suoi connazionali. [...] In quest' occasione il Governo Austriaco potrebbe lamentare l'espulsione del Sac. Giuseppe

¹³ Schreiben Friedrich Funders an Bundeskanzler Seipel, 17.2.1927, Z.20.897-13/27, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, f. 878, bzw. Entwurf einer Antwort Dr. Seipels, Datum des Deckblattes Februar 1927, ibidem f. 877.

¹⁴ Entwurf zum Privatschreiben Bundeskanzler Seipels an Chefredakteur Dr. Friedrich Funder, Wien am 7. März 1927, Z.20.897 13/1927, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, f. 31.

Schweigl tirolese, andato in Russia con il permesso dei Sovieti allo scopo di aprire un Seminario, e tosto espulso senz' altro motivo che quello di essere sacerdote«.¹⁵

Wien informierte nun auch seinen Gesandten in Moskau über den Sachverhalt bzw. erbat eine umfassende Aufklärung; zugleich urgierte man bei Funder, wenngleich offenbar vergeblich, eine Präzisierung der seinerzeit erhobenen Vorwürfe, zumal man hinter ihrer neuerlichen Artikulierung (»von anderer sehr beachtenswerter Seite«) dieselbe Informationsquelle vermutete.¹⁶

Mit seinen sehr ausführlichen Erhebungen zum Anlassfall selbst wurde Dr. Otto Pohl seinem Ruf als stets gut informierter Diplomat gerecht. Zum einen konnte er glaubhaft den Vorwurf eines Fehlverhaltens der österreichischen Gesandtschaft als »absurd« zurückweisen: Er selbst war zur besagten Zeit urlaubsbedingt gar nicht in der Stadt gewesen und sein Vertreter, Legationsrat Hudeczek, schon seiner »bekannten Sinnesart und obendrein der konservativen Einstellung wegen« über jeden solchen Verdacht erhaben. Zum anderen brachten seine Recherchen beim Volkskommissariat für Äußeres sowie mehreren diplomatischen Vertretungen (von Deutschland, Italien, Frankreich) zahlreiche weiterführende Hinweise auf die inkriminierten Vorgänge ans Licht. Als aufschlußreich sollte sich insbesondere die Befragung des französischen Bischofs Neveu erweisen, »der vom Apostolischen Stuhl mit der Leitung der katholischen Agenden in Moskau betraut ist [...]«. Dessen Darlegungen bestätigten nicht nur den bestehenden seelsorglichen Notstand sondern stellten auch unmißverständlich klar, wie unrealistisch zum

¹⁵ Unsignierte Aufstellung mit Briefkopf »Nonciature Apostolique«, Eingangsstempel 13.4.1927, Z.21.781-13/27, handschriftlicher Vermerk: »Vom h. Nuntius selbst dem H. Bundeskanzler übergeben 11/4 27«, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, o.S.

¹⁶ Entwürfe zum Privatschreiben Bundeskanzler Seipels an Dr. Friedrich Funder bzw. zum Schreiben an den Gesandten in Moskau, Dr. Otto Pohl, beide ohne Datum, Datierung des Gesamtaktes April 1927 bzw. Expedierungsvermerk 15.4.1927, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, ff. 881-883. Das Schreiben des Bundeskanzlers verwies erneut darauf, dass keine Beschwerde des betroffenen P. Josef Schweigel vorliege bzw. sein gegenwärtiger Aufenthaltsort nicht amtsbekannt wäre; es endet mit der eindringlichen Willensbekundung, der Sache auf den Grund zu gehen: »[...] Da ich nun entschlossen bin, die Sache voll kommen aufzuklären, bitte ich Dich neuerdings auf das allerdringenste, Herrn von Lama aufzufordern, sich zu seinen Behauptungen zu bekennen und die ihm zur Verfügung stehenden Beweise mir zur Kenntnis zu bringen. Ich bitte Dich ihm mitzuteilen, dass ich seine Aussagen oder zumindest die Nennung seines Gewährsmannes binnen kürzester Frist erwarte [...]«.

damaligen Zeitpunkt eine ausländische Initiative zur Errichtung eines katholischen Priesterseminars erscheinen mußte:

»Monseigneur Neveu erklärte, dass die Patres Schweigel und Ledit Ende Oktober bei ihm vorsprachen. Wie ich höre, soll Schweigel in Moskau auch eine Messe gelesen haben. Beide sind dann nach einigen Tagen nach Leningrad gefahren. Nach der Meinung des genannten kirchlichen Funktionärs dürften die ihnen nach ihrer Ankunft in Leningrad erteilten Aufenthaltsbewilligungen Ende Dezember gelegentlich der Wiedererneuerung nicht verlängert worden sein und sie dadurch zum Verlassen der Union der SSR gezwungen gewesen sein. Monseigneur Neveu hat als Erklärung hiefür eine Verfügung der Sowjetregierung angeführt, nach welcher ausländischen Geistlichen die Ausübung von Seelsorgerdiensten in der Union der SSR nicht erlaubt ist. Monseigneur Neveu verweist auch darauf, dass allein in den letzten Monaten seit Beginn dieses Jahres zwölf katholische Geistliche, von denen jeder drei bis vier Kirchengemeinden bediente, gezwungen wurden, ihre Tätigkeit aufzugeben und in einen anderen Ort zu übersiedeln, da ihnen gedroht wurde, sie würden anderenfalls nach dem Verbannungsort Solowetzkij Monastyr verschickt werden. Gegenwärtig befinden sich nur zwei französische Geistlichen in der Sowjetunion, er selbst und ein Geistlicher in Leningrad. Auch Monseigneur Neveu, der im Oktober 1926 hieher gekommen ist, nachdem er vor dem Kriege bis zum Jahre 1911 in Petersburg gewirkt hatte, hat nach seinen Angaben dauernd unter polizeilichen Vexationen zu leiden; er sei schon zweimal arretiert worden, sein Aufenthalt sei aber bisher durch die französische Botschaft, mit der er in ständiger Verbindung sei, ermöglicht worden.«¹⁷

Pohls Erhebungen bei deutschen Diplomaten bestätigten im Wesentlichen diesen Sachverhalt, ergänzten ihn jedoch hinsichtlich einer Information über die analogen protestantischen Bestrebungen, womit sich der wahre Kern der diesbezüglichen Nachricht Lamas herauszuschälen begann:

»Der Legationsrat der deutschen Botschaft [...] fügte seinen Ausführungen bei, die deutsche Botschaft habe sich im vergangenen Jahre auf das lebhafteste bemüht, die Einreisebewilligung für zwei protestantische Pfarrer deutscher Staatsbürgerschaft zu erhalten, doch sei dies schliesslich vom Volkskommissariat für Äusseres endgiltig mit dem Hinweise darauf abgelehnt worden, es liege ein Beschluss des SOWNARKOM (Rat der Volkskommissäre) vor, nach wel-

¹⁷ Berichte aus Moskau 1922-1930, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 53, ff. 350-352, bzw. Abschrift mit Einlaufstempel 22.385 pr. 19.5.1927 im Bericht des österreichischen Gesandten in Moskau Dr. Otto Pohl an Bundeskanzler Dr. I. Seipel, Z.337/71 Präs., Moskau 12.5.1927, S. 2-3, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, o.S.

chem es ausländischen Geistlichen nicht erlaubt sei, Seelsorgerdienste in der Union der SSR auszuüben. [...] Zur Frage eines Priesterseminars [...] verwies Herr v. Tippelskirch darauf, dass es nach langen Bemühungen gelungen sei, ein solches protestantisches Institut einzurichten; es studieren gegenwärtig dort 42 Zöglinge. Die Lehranstalt sei durch die sowjetrussischen Protestanten aus ihrer Mitte heraus, ohne direkte Inanspruchnahme ausländischer Hilfe entstanden. Der Errichtung eines Institutes, das mit dem Auslande in Verbindung stehen wollte, würde die Sowjetunion jedenfalls Widerstand entgegensetzen. Seines Wissens sei, wie er vertraulich mitteilte, von Berlin aus bei der deutschen Botschaft eine Erkundigung eingeholt worden, doch habe dieselbe diesbezüglich abgewunken [...]«.¹⁸

Einige Tage später konnte Pohl auch noch die offizielle Version der Sowjetbehörden übermitteln, die ihm durch den Leiter der Mitteleuropäischen Abteilung des Volkskommissariates für Äusseres, Vizedirektor Lorenz, bekanntgegeben worden war: Pater Schweigel habe als Zweck seiner Reise in den entsprechenden Fragebögen in Italien fälschlicherweise geologische Forschungen angegeben und sei entsprechend der Verfügung, die Ausländern eine Seelsorge in der Sowjetunion untersage, zusammen mit einem amerikanischen Staatsbürger ausgewiesen worden; in Folge dieses Vorfalles sei auch französischer Geistlicher die Einreise verweigert worden.¹⁹

Wenngleich die Causa Schweigel auch nach diesen Auskünften einige Fragen offenließ (War die wissenschaftliche Forschung nur vorgeschützt oder ursprüngliche Intention? Wurde das seelsorgliche Handeln von vornherein beabsichtigt oder durch den Notstand provoziert? Gab es gar einen offiziellen Auftrag zur Errichtung eines Seminars?), so ist sie dennoch in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Sie liefert eine weitere Bestätigung dafür, dass die katholische Seelsorge auf dem Gebiet der Sowjetunion in den späten 1920er Jahren von den Behörden aufs schwerste behindert und insbesondere gegenüber jeder ausländischen Unterstützung abgeschottet wurde und dass es selbst für professionelle ‚Nachrichtenbeschaffer‘ wie einem Diplomaten schwierig war, an gesicherte Nachrichten über die Vorgänge im Lande zu kommen. Zum anderen zeigt sie das tiefe Mißtrauen, mit dem maßgebliche Kreise des österreichischen wie internationalen katholischen Milieus den in dieser Sache wohl zu Unrecht ins Zwielicht geratenen österreichischen Gesandten Pohl in

¹⁸ ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 53, f. 351v.

¹⁹ Schreiben des österreichischen Gesandten in Moskau Otto Pohl an Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel, Moskau 26.5.1927, Z.415/71 Präs., Eingangsstempel 22.862/13, 17.6.1927, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, o.S.

Moskau betrachteten. Zusammen mit den sog. Juli-Ereignissen in Wien,²⁰ die im gesamten bürgerlichen Lager die Angst vor dem »linken Staatsstreich« aufs neue schürten, dürfte die »Affäre Schweigel« das ihre dazu beigetragen haben, dass der Abgang Dr. Otto Pohls in den Ruhestand Ende 1927 vielfach mit Genugtuung aufgenommen wurde. Auch von höchster kirchlicher Stelle wurde der Gesandtenwechsel ausdrücklich begrüßt; man knüpfte daran die Hoffnung auf eine »Förderung der katholischen Interessen in Russland«, insbesondere durch die diskrete Beschaffung verlässlicher Nachrichten.²¹ Der offenbar aus dem »Fall Schweigel« resultierende diplomatische Vorstoß des Heiligen Stuhles bei den Regierungen Österreichs und Deutschlands bestätigt zumindest den Wunsch der kirchlichen Zentralstellen, der Seelsorge an deutschsprachigen Katholiken in Russland helfend beizuspringen, insbesondere durch die Errichtung eines entsprechenden Priesterseminars.

²⁰ Das sind die von Bundeskanzler Seipel als »Revolution« interpretierten gewalttätigen Proteste gegen die Urteile eines politischen Prozesses und die damit einhergehende Brandschatzung des Justizpalastes.

²¹ Schreiben des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Ludwig Pastor, an Bundeskanzler Seipel, Rom 5.3.1928, Z.21.172-13, 10.3.1928, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, o.S.: »[...] Wie Euer Excellenz bekannt ist, nimmt der Hl. Vater ein besonders warmes Interesse an den religiösen Verhältnissen des unglücklichen Russland. Seine Heiligkeit hat mich nun gebeten, Euer Excellenz streng vertraulich folgende Mitteilung zu machen. / Zunächst soll ich Euer Excellenz die hohe Freude des Papstes darüber ausdrücken, daß die österreichische Vertretung in Moskau gewechselt und daß Ew. Excellenz dort einen so vortrefflichen Katholiken als Gesandten angestellt haben wie dies Baron Hein ist. Nun würde Seine Heiligkeit ganz dankbar sein, wenn Euer Excellenz diesen günstigen Umstand benutzen würden, um Hochdensenben bei Förderung der katholischen Interessen in Russland zu unterstützen. / [...] Bei der Schwierigkeit, zuverlässige Nachrichten über die Sowjet Republik zu erhalten, würde es der Hl. Vater sehr dankbar entgegennehmen, glaubwürdige Nachrichten oder Dokumente über die dortige allgemeine religiöse Lage wie über die Lage der katholischen Kirche und des Klerus von Euer Excellenz zu erhalten, besonders wichtig wären Mitteilungen über die Bedrängung der Katholiken sei es in der Gegenwart, sei es in der Vergangenheit. / Der strengsten Diskretion dürfen Euer Excellenz gewiss sein. Die Antwort, welche Euer Excellenz mir senden werden, werde ich nur Seiner Heiligkeit je nach Wunsch schriftlich oder nur mündlich übermitteln. [...]«

2. Ein vatikanisches Hilfsersuchen an die Regierungen Österreichs und Deutschlands zugunsten deutschsprachiger Katholiken in Russland 1927

Am 27. April 1927 wurde Bundeskanzler Seipel vom Apostolischen Nuntius in Wien, Enrico Sibilía (1922-1935), ein Papier ausgehändigt, das die österreichische Regierung bzw. ihn selbst in die Pflicht nahm, schon aus Gründen allgemeinen politischer Natur und zumindest für österreichstämmige Katholiken in Russland etwas zu unternehmen:

»È stato esposto al Santo Padre quanto segue: / Mgr. Nunzio in Austria potrebbe interessare alla causa dei cattolici in Russia il Governo Di Austria, o, piuttosto, il Cancelliere Mgr. Seipel. / Il Governo Austriaco ha motivi, anche politici, di mostrare il proprio interesse in favore dei cattolici, specialmente di origine austriaca. [...] Una manifestazione dell' opinione pubblica dei cattolici, e di quella personale del Cancelliere riuscirebbe efficace, se si parlasse: / 1 della persecuzione contro i cattolici; / 2 della mancanza dei preti cattolici nelle regioni cattoliche di lingua tedesca (chiedendo dunque l'Ingresso di preti cattolici tedeschi); / 3 della necessità culturale di permettere anche la preparazione dei sacerdoti, nei paesi russi di lingua tedesca; e, in conseguenza, l'apertura di un Seminario nella Diocesi di Tiraspol, dove verrebbero ammessi candidati di 18 anni compiuti, come impone la legge sovietica. / [...] Un simile passo dovrebbe essere compiuto presso il Governo tedesco dal Nunzio di Berlino«.²²

Der vertrauliche aber bestimmte diplomatische Schritt des Heiligen Stuhles ließ Wien im Unklaren über die konkrete Erwartung an die Bundesregierung: »ob eine diplomatische Demarche in Moskau, die, wenn sie überhaupt möglich ist, wohl nur in erheblich veränderter Form denkbar wäre oder aber etwa bloss die Besprechung all der geschilderten Verhältnisse in den der Regierung nahestehenden Zeitungen«. Auf informellem Wege versuchte man festzustellen, ob in Berlin »die Wünsche des Vatikans in konziserer Form« vorgebracht worden wären bzw. was man dort in der Sache zu tun gedenke.²³

²² Unsignierte Aufstellung mit Briefkopf »Nonciature Apostolique«, Eingangsstempel 13.4.1927, handschriftlicher Vermerk: »Vom h. Nuntius selbst dem H. Bundeskanzler übergeben 11/4 27«, Z.21.781-13/27, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, o.S.

²³ Entwurf zum Privatschreiben Generalsekretär Peters an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Berlin, Carl von Schubert, ohne Datum, Datierung des Gesamtaktes April 1927 bzw. Expedierungsvermerk 15.4.1927, Z.21.781-13/27, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland* 3/2 Geheim, f. 35.

Die Antwort aus Berlin bestätigte einen parallelen Vorstoß Nuntius Pacellis bei der deutschen Reichsregierung Ende März d.J.; diese wollte das weitere Prozedere von Auskünften des deutschen Botschafters in Moskau abhängig machen: »Bei der Einstellung der Sowjetregierung gegenüber der katholischen Kirche ist die Angelegenheit ja eine ungeheuer delikate.«²⁴ Erst eine neuerliche, pessimistisch gestimmte Anfrage in Berlin – ausgelöst wohl durch das Urgieren Nuntius Sibillas bei Bundeskanzler Seipel im Verlauf eines Diplomatenempfanges am 1. August 1927²⁵ – erbrachte im darauffolgenden Oktober sehr viel ausführlichere, über den Anlassfall hinaus reichende Informationen, deren gedämpft hoffnungsvoller Grundton in starkem Gegensatz zu den Vorkommnissen dieses Jahres²⁶ und erst recht zu den bald darauf getroffenen Beschlüssen des XV. Kongresses der kommunistischen Partei stand, die das Verhältnis zwischen dem Vatikan und der Sowjetregierung auf den tiefsten bisher verzeichneten Stand abgekühlt hatten (siehe Beitrag E.S. Tokareva):

»[...] Wie ich Ihnen in meinem Schreiben vom 18. August d.J. mitzuteilen die Ehre hatte, war es uns bis dahin nicht möglich gewesen, positive Schritte im Sinne einer Verbesserung der Lage der Katholiken in Russland zu tun, weil wir zunächst die Rückkehr unseres Botschafters in Moskau auf seinen Posten hatten abwarten wollen. Nach seiner Rückkunft hat nun Graf Brockdorff-Rantzau Veranlassung genommen, neuerdings mit Herrn Tschitscherin über

²⁴ Privatschreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Schubert, an Generalsekretär Peter, Berlin 27.4.1927, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, ff. 886-887.

²⁵ Aktenvermerk zu Z.23.621, 1.8.1927, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, o.S: »Unterredung des Herrn Bundeskanzlers mit dem Apostolischen Nuntius anlässlich des Diplomatenempfanges am 1. August 1927. / [...] Der Apostolische Nuntius bringt hierauf die Moskauer Angelegenheit zur Sprache, bittet um deren eheste Erledigung [...]«. Entwurf zum Privatschreiben Generalsekretär Peters an Staatssekretär Carl von Schubert in Berlin, registriert mit 4.8.1927, Z.23.621-13, in ibidem, ff. 896-897: »[...] Bei uns erstärkt sich die ursprüngliche Überzeugung, dass die Möglichkeit zu einer ernsten und aussichtsreichen Aktion kaum gegeben sein dürfte. Dagegen schiene uns, um nicht völlig passiv zu bleiben, eventuell eine Befassung der klerikalen Presse und der ihr nahestehenden Organe mit den Zuständen in der katholischen Seelsorge in Russland nicht untunlich, wobei wir uns allerdings keiner Täuschung über die Unwirksamkeit einer solchen Presseaktion hingeben [...]«.

²⁶ U.a. die Verhaftung zahlreicher Priester bzw. die Intervention Nuntius Pacellis über den deutschen Botschafter für 39 von ihnen; Verhaftung Bischof Sloskans von Minsk wohl als Antwort auf den Versuch des Leiters der römischen Kongregation für die Ostkirchen, d'Herbigny, die orthodoxen Kirchen außerhalb der Sowjetunion im Kampf gegen den Kommunismus zu einen (siehe Beitrag Eugenia S. TOKAREVA).

die Angelegenheit zu sprechen. Bei dieser Unterhaltung hat der Volkskommissar dem Botschafter gegenüber betont, dass die Sowjet-Regierung nach wie vor bereit sei, mit dem Vatikan zu verhandeln. Sie habe allerdings nicht die Absicht, ein Konkordat abzuschliessen, sei aber nicht abgeneigt, mit Rom ein «Zirkular» zu vereinbaren, durch das die rechtliche Stellung der katholischen Kirche innerhalb der Union geregelt und sichergestellt würde. In dieser Richtung hätten bereits ernsthafte Verhandlungen stattgefunden. Die Berliner Russische Botschaft habe vor etwa einem Jahr dem Nuntius Pacelli gewisse, wenn auch nicht weitgehende Mitteilungen gemacht; Rom habe indessen bisher auf diese Mitteilungen noch nicht geantwortet. Dass aber die Russische Regierung, wenn sie während fast eines Jahres auf ihre Vorschläge von der Kurie keine Antwort erhalte, nicht von sich aus versuchen könne, neue Verhandlungen anzuknüpfen, liege auf der Hand. / Wie Graf Brockdorff-Rantzau weiter berichtet, hat er bei Tschitscherin eine Animosität dem Vatikan gegenüber nicht gefunden, vielmehr den Eindruck gewonnen, dass der Volkskommissar Verhandlungen mit der Kurie zwecks endgültiger rechtlicher Regelung der Stellung der katholischen Kirche in Russland keineswegs abgeneigt ist. / Wir haben dem hiesigen Herrn Nuntius von dem Inhalt dieser Unterhaltung mündlich und streng vertraulich Kenntnis gegeben. Ob danach Aussicht besteht, dass der Faden der Verhandlungen zwischen Rom und Moskau wieder aufgenommen wird, entzieht sich jedoch unserer Kenntnis [...]«. ²⁷

Das vertrauliche Schreiben des Berliner Staatssekretärs vom 7. Oktober 1927 wurde durch die Ereignisse überholt, da Nuntius Pacelli am Vortag – wohl vor dem Hintergrund der im Brief angesprochenen Sachverhalte – eine Note an den russischen Gesandten Krestinskij in Berlin übermittelt hatte, die u.a. wiederum die Forderung nach Zulassung eines Priesterseminars bzw. ausländischer Seelsorger enthielt (siehe Beitrag E.S. Tokareva). In Wien führten die Nachrichten aus Berlin jedenfalls zur Überzeugung, »dass der nächste Zug von Rom aus erfolgen muss« bzw. »dass wir ... in der Sache, solange man nicht von vatikanischer Seite uns gegenüber auf sie zurückkommt, nichts weiter unternehmen können«. ²⁸

²⁷ Privatschreiben Staatssekretär Schuberts an Generalsekretär Peter in Wien, Berlin 7.10.1927, Erhaltvermerk 22.10.1927, registriert 25.10.1927, Z.24.930, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, ff. 902-904.

²⁸ Entwurf zum Antwortschreiben Generalsekretär Peters in Wien an Staatssekretär Schubert in Berlin, registriert mit 1.11.1927, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, ff. 906-907.

3. Enttäuschte Erwartungen? – Ein Bericht des österreichischen Gesandten Hein über die Lage der Katholiken in Südrussland bzw. ihres Bischofs Frizon 1928

Der neue österreichische Gesandte in Moskau, Dr. R. Egon Hein, war von Bundeskanzler Seipel per mündlicher Weisung mit dem Auftrag versehen worden, »der Lage des Katholizismus in Russland ... besonderes Augenmerk zuzuwenden«; dasselbe Interesse signalisierte ihm vor seinem Abgang der päpstliche Gesandte in Wien.²⁹ Dieser Wunsch nach verlässlicher Information bzw. nach diplomatischer Intervention wurde erstmals durch eine Bitte konkretisiert, die der österreichische Vertreter beim Hl. Stuhl, Ludwig Pastor (1920-1928), im März 1928 an Bundeskanzler Seipel übermittelte. Inhalt dieser Bitte war der präventive Schutz des im Mai 1926 zum Bischof geweihten russischen Staatsbürgers deutscher Abstammung, Mgr. Frizon, vor behördlichen Schikanen:

»[...] Frizon wagte es aber bisher noch nicht öffentlich als Bischof aufzutreten, soll dies aber vom Juni ab tun. Es wäre nun sehr im Interesse der katholischen Sache gelegen, wenn die Sowjet merken würden, daß Belästigungen Frizons oder gar seine Verhaftung in Westeuropa bekannt würden [...]«.³⁰

Der darauffolgende Auftrag Seipels für den Gesandten Hein zeigt, wie wenig man sich in Wien noch über die Tragweite der Behördenpolitik in Russland im Klaren war. Der Bundeskanzler stellte ihm eine Reihe sehr konkreter Fragen, welche die »vorläufig noch dunkel erscheinenden Seiten« der vatikanischen Initiative aufhellen sollten:

²⁹ Diese Anweisung (»Unter Bezugnahme auf die Ihnen von mir seinerzeit mündlich erteilten Weisung ...«) erwähnt der Entwurf für ein Schreiben Bundeskanzler Seipels an Gesandten Hein in Moskau, ohne Datum, dem Bezugsschreiben zufolge vom März/April 1928, Z.21.172-13/1928, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, o.S.; ibidem ein Aktenvermerk ad Z.24.930-13 ex 1927, u.a. zur Fühlungnahme des Nuntius Sibillas mit Heim: »Der Apostolische Nuntius hat Gelegenheit genommen, mit dem neuernannten Gesandten für Russland Egon Hein vor dessen Abgang nach Moskau über die Lage der Katholiken in Russland Rücksprache zu nehmen und hat hiebei neuerlich das grosse Interesse des Hl. Stuhles an Nachrichten über diesen Gegenstand zum Ausdrucke gebracht. Ausserdem hat der Herr Bundeskanzler dem Gesandten Hein vor dessen Abgang mündlich den Auftrag erteilt, dieser Frage besonderes Augenmerk zuzuwenden«.

³⁰ Schreiben des Gesandten Pastor an Bundeskanzler Seipel, Rom 5.3.1928, registriert 10.3.1928, Z.21.172-13, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, f. 56.

»[...] Was kann den Hl. Stuhl veranlassen, Befürchtungen für das Schicksal Mgr. Frizon zu hegen – Befürchtungen, die offenbar dieser selbst teilt, wie aus seiner bisherigen Zurückhaltung hervorgeht – wenn ein anderer römisch-katholischer Bischof, Mgr. Neveu, seit Jahr und Tag unangefochten in Moskau in Amt und Würden steht? / Liegt ein Grund zur Annahme vor, dass in Südrussland die antikatholischen Tendenzen energischer und rücksichtsloser verfolgt werden, als im Zentrum des Reiches? / Ist die katholische Kirchengemeinde in Südrussland bereits nach Sowjetrecht konstituiert oder soll sie es erst werden? [...]«.³¹

Hein sollte sich bei seinen Recherchen ausdrücklich nicht auf Ausführungen Bischof Neveus stützen, wofür der Bundeskanzler nicht zuletzt nationale Überlegungen ins Treffen führte:

»[...] Liegt es doch nahe, dass, wenn der Hl. Stuhl in diesen Fragen an uns herangetreten ist, es ihm offenbar darauf ankommt, die Berichte und Ansichten Mgr. Neveus mit Mitteilungen aus anderer Quelle zu vergleichen. Überdies mag es sein, dass ein französischer Bischof nicht als einzige Informationsquelle über die Lage und die Bedürfnisse deutscher Katholiken herangezogen werden soll [...]«.³²

Der auftragsgemäß von Hein erstellte, in seinen Kernaussagen in französischer Sprache dann nach Rom weitergeleitete Bericht zur Lage der Katholiken in Russland enthielt im wesentlichen sehr allgemeine Informationen: dass die katholische Kirche wie alle anderen Religionsgruppen gegenüber dem Staat rechtlich nur in Form einzelner Kirchengemeinden auftreten kann und somit alle übergemeindlichen Agenden wie eben bischöfliche nur nach Gutdünken der Lokalbehörden zur Kenntnis genommen bzw. geduldet würden; dass Frizon, der »informierter Quelle« zufolge bereits amtierte, im Gegensatz zu Bischof Neveu sich keines diplomatischen Schutzes erfreuen könne; dass die katholische Kirche insbesondere in Süd- und Weißrussland als polnisch wahrgenommen würde und deshalb dort stärkerer Verfolgung ausgesetzt wäre; und schließlich, dass die Verfolgung von Geistlichen in letzter Zeit wegen der allgemeinen Probleme der Regierung etwas abgenommen

³¹ Entwurf zum Schreiben Bundeskanzler Seipels, ohne Datum und Adressat, aus dem Inhalt zu erschließen jedoch eindeutig an den österreichischen Gesandten in Moskau, Dr. Hein, gerichtet, Z.21.172-13, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, o.S.

³² ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, o.S.

habe.³³ Es ist nicht anzunehmen, dass die vatikanischen Stellen durch diese Ausführungen Heins an Informationen gelangten, die ihnen nicht schon vorgelegen wären. Dessen ungeachtet wurden von der österreichischen Vertretung beim Hl. Stuhl der Dank des Papstes bzw. seines Staatssekretärs nach Wien übermittelt.³⁴ Weitere Bitten um Informationsbeschaffung bzw. Lagebeschreibungen, die zur Weiterleitung nach Rom bestimmt gewesen wären, haben sich in den Akten nicht mehr niedergeschlagen. Hein stand in Moskauer Diplomatengreisen im Ruf geringer Arbeitsambitionen und häufiger Abwesenheit,³⁵ was eine Ernüchterung bezüglich der an ihn gestellten Erwartungen in der Nachrichtenbeschaffung erklären würde. In sehr praktischer Hinsicht sollte die österreichische Botschaft in Moskau jedoch noch ab dem Jahr seines Dienstantrittes für eine seelsorgliche Initiative Roms gute Dienste leisten.

4. Büchersendungen nach Russland durch den österreichischen Kurierdienst 1928-1931

Dieselbe Zielgruppe, deutschsprachige Katholiken Südrusslands (u.a. in Charkow, Odessa), kam in den Genuss der einzigen materiellen Hilfestellung der österreichischen Diplomatie der Ersten Republik für ein kirchliches Anliegen in der Sowjetunion. Wiederum war es Ludwig Pastor, der Bundeskanzler Seipel im Juli 1928 von seinem Urlaubsort Innsbruck aus über die ihm von Erzbischof d'Herbigny vermittelte Bitte des Papstes informierte, deutsche katholische religiöse Literatur der Vorkriegszeit per diplomatischer Valise nach Russland zu befördern. In den darauf folgenden Wochen klärte das Bundeskanzleramt mit der Gesandtschaft in Moskau die technischen Möglichkeiten dafür.³⁶ Mitte August erfolgte der positive Bescheid nach

³³ Bericht des österreichischen Gesandten Hein über die Lage der Katholiken in Russland, Moskau 6.4.1928, Z.21.894-13/1928, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, o.S.

³⁴ Z.21.894-13/1928, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 412, Fasz. *Russland 3/2* Geheim, o.S.

³⁵ Siehe Ausführungen zur Moskauer Amtsführung des österreichischen Gesandten Dr. Robert Egon Hein bei: HAIDER, *Beziehungen*, S. 195-197.

³⁶ Chiffre-Erlass an die Gesandtschaft in Moskau, Wien 7.7.1928, Z.23.349-13/28, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland 3/2*, o.S. Man hielt es demnach für denkbar, »von Zeit zu Zeit, Pakete (etwa zu 10 Katechismen) von Wien nach Moskau zu befördern; der Eingang der Pakete müsste dann Mgr. Bischof Neveu an der Ludwigskirche in Moskau zwecks Weiterbeförderung mitgeteilt werden«. Der Erlass äußerte zudem die

Rom, »dass das B.K.A. bereit ist, von Zeit zu Zeit kleinere Pakete deutscher Gebetbücher und Katechismen [...] im Kurierwege nach Moskau zu befördern«. Bis November erfolgten die ersten Büchersendungen, die ihre Adressaten offenbar unentdeckt von den Behörden erreichten,³⁸ was alsbald den allerhöchsten kirchlichen Dank fand:

»Herr Bundeskanzler! / Ich beehre mich Euer Excellenz zu melden, dass der Heilige Vater mir heute durch den Leiter des orientalischen Institutes, Monsignoreur D'Herbigny, der gestern in Privat-Audienz empfangen worden war, sagen liess, ich möge Euer Excellenz ausrichten, der Heilige Vater habe Nachricht, dass sich die Beförderung von Gebetbüchern und Katechismen nach der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken durch unsere Vermittlung auf das Beste bewähre. Mit der Bitte, unter strengster Geheimhaltung in unseren Bemühungen fortzufahren, mögen Eure Excellenz den besonderen Dank des Heiligen Stuhles für die geleisteten Dienste entgegennehmen [...]«. ³⁹

Die Übermittlung religiöser Bücher per Kurierpost erfolgte in unregelmäßigen Abständen auch in etlichen Folgemonaten und vorerst offenbar unbeeindruckt vom steigenden behördlichen Druck (siehe Dekret über die Religionsgemeinschaften vom 8.4. 1929),⁴⁰ der insbesondere auf den katholi-

Befürchtung, dass die Aktion auf Dauer nicht geheim bleiben könne, und wollte von Moskau auch eine Klärung der Risikofaktoren: »Das B.K.A. (AA), welches bestrebt ist, dem Wunsche Sr. Heiligkeit nach Möglichkeit entgegenzukommen«, könne nicht beurteilen, welche »unerwünschten Weiterungen« bei Bekanntwerden des Vorgehens zu befürchten wären.

³⁷ Privatschreiben des Generalsekretärs im Außenamt an Gesandten Pastor an seine Innsbrucker Adresse, Wien 16.8.1928, Z.23.887-13/1928, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland 3/2*, o.S. Ibidem ein Telegramm Botschafter Heins, Moskau 8.8.1928, Einlauf Zahl 923: »Gegen die Uebermittlung Bücher in 16-kg-Paketen keine Bedenken, falls tatsächlich aus der Vorkriegszeit«.

³⁸ Privatbrief der Österreichischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl, Rom 27.11.1928, Z.23.887-13/1928, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland 3/2*, o.S. Darin vertrauliche Vollzugsmeldung mit dem Vermerk: »unprotokolliert und ohne Vermerk über die eventuelle Erledigung«; dazu handschriftlicher Zusatz, dass erste Sendungen mit dem zweiten (eingeschobenen) Novemberkurier an den Gesandten Hein gegangen seien, der sich selbst vom Vorkriegsdruck der Bücher überzeugt hätte.

³⁹ Schreiben der österreichischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl an Bundeskanzler Seipel, 13.12.1928, Z.151P, Z.25.675-13/28, Vermerk: »Streng geheim«, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland 3/2*, o.S.

⁴⁰ Erlassen vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee und vom Rat der Volkskommissäre. Bundeskanzler Schober ließ sich darüber von der österreichischen Gesandtschaft in London informieren, da die englische Regierung ein Weißbuch über die Religionsverfolgungen in

schen Gemeinden des Landes lastete. Erst im Verlauf des Jahres 1931 stockte die Aktion, da nunmehr auch für die vermittelnde Instanz, Bischof Neveu in Moskau, der bisherige diplomatische Schutz vor staatlichen Maßnahmen versagte:

»[...] Monsignore Neveu, der durch Mittelsleute befragt wurde, hat sich dahin geäußert, dass der gegenwärtige Zeitpunkt für die in Rede stehende Transaktion nicht geeignet sei. Er wünscht überhaupt nicht, mit irgend jemand in Verbindung zu treten, da jede derartige Fühlungnahme mit Ausländern resp. mit ausländischen Missionen für ihn mit ganz konkreten Gefahren verbunden ist [...]«.⁴¹

Eine in den Akten vermerkte Sendung religiöser Bücher von Moskau nach Wien im Jahr 1933 lässt vermuten, dass einige der letzten Literaturpakete von 1930/31 schon nicht mehr ihre Zielgruppe erreichen konnten.⁴²

Damit hatte der mit der sukzessiven Machtergreifung Stalins weiter ansteigende staatliche Terror gegen die russischen Religionsgemeinschaften einen weiteren der wenigen verbliebenen Wege verbaut, auf dem solidarische Hilfe der katholischen Zentrale in Rom an die einheimischen Gläubigen hatte gelangen können. Was blieb waren Versuche, wie bisher auf diskretem diplomatischen Weg oder aber – nach entsprechenden päpstlichen Aufrufen – mittels lautem öffentlichen Protest, das Los der Betroffenen nach Kräften zu lindern.

Russland samt einer englischen Übersetzung des genannten Dekretes erstellt hatte; siehe: Bericht der österreichischen Gesandtschaft in London an Bundeskanzler Schober, 11.3.1930, Z.62 Pol, Z.26.125-13/30, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁴¹ Mitteilung des Legationsrates Keil, Moskau 5.1.1932 in Beantwortung von entsprechenden Anfragen aus Wien vom 30.6. und 15.7. des Vorjahres, Z.20.120, 9.1.1932, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁴² Privatbrief des Legationsrates Hornbostel an den Gesandten Pacher in Moskau, Kurierübermittlung 11.2., Z.20.644-13/33, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S. Darin erbittet er Aufklärung über die Büchersendung aus Moskau, da erst für die letzte vorgesehene Sendung ein erläuternder Bericht angekündigt worden war: »[...] Mit Deinen Kurieren vom Jänner und Februar sind hier bisher 52 Kilogramm Gebetbücher und Bücher religiösen Inhaltes per valise eingetroffen«. Sie seien für die Dominikaner in Wien bestimmt und verursachten bisher Kosten von 70 Schilling. Stichproben hätten jedoch den Verdacht genährt, dass sie keinen besonderen Wert besäßen, keinesfalls jenen der bereits angefallenen Kosten.

5. Eine diplomatische Intervention für polnisch-stämmige Ordensfrauen 1929

Den einzigen offiziellen, wenngleich äußerst diskreten Schritt für ein kirchliches Anliegen in der Sowjetunion unternahm die österreichische Diplomatie für sieben katholische Ordensfrauen, die bereits Anfang 1927 verhaftet worden waren. Laut einem Memorandum der Ordensleitung – einem beredten Zeugnis des mutigen Widerstandes der Frauen gegen die behördliche Verfolgung – war die Gemeinschaft der Franziskaner-Missionarinnen Mariens bereits 1923/24 in die Vorgänge um Bischof Cieplak bzw. die damals in Russland agierende päpstliche Delegation involviert gewesen und stand damit unter besonderer behördlicher Observation.⁴³ Die immer restriktiveren Religionsgesetze konnten jederzeit dazu benutzt werden, selbst das genuin religiöse und karitative Engagement der Schwestern zu kriminalisieren:

»Nos soeurs qui ne doivent être connues en Russie que comme simples Tertiaires Franciscaines, en habit séculier, furent dénoncées et accusées d'appartenir à une organisation religieuse dont le but était d'enseigner la religion aux enfants et de soutenir les églises et le Clergé, (ce qu'en vérité les soeurs ont toujours fait, mais ne se sont jamais mêlées à la politique). / En janvier 1927 des perquisitions à domicils furent faites dans nos deux maisons: à Petrograde [...] et à Popowska près Petrograde. / Le résultat en fut d'avoir trouvé dans notre maison de Petrograde [...] quelques enfants abandonnées et recueillies par nos soeurs; à Popowska on a trouvé dans notre maison une petite chapelle avec le T.S. Sacrement et une vingtaine des pauvres enfants recueillies par les soeurs. / De suite douze soeurs furent mises en prisons, [...]. / Pendant trois mois nos soeurs ont été enfermées et ont subi des interrogatoires dans la prison politique de Petrograde [...]. Elles n'ont avoué que d'être Tertiaires franciscaines et d'avoir recueilli par charité des pauvres enfants abandonnés.

⁴³ Kopie eines zweiteiligen Memorandums, Z.20.203-13/29, erstellt von »Mélanie-Rose / Provinciale Fran.Mis de Marie./ Décembre 1927: [...] En 1923 et 1924 deux de nos soeurs ayant porté secours pendant une année au clergé catholique et uniate emprisonnés à Moscou avec Monseigneur Cieplak – elles furent mises en prison et interrogées de toutes les manières pendant 4 mois. / Comme elles refusèrent de donner les réponses qui pouvaient compromettre la délégation du Saint Père aussi bien que le Clergé catholique de Moscou, l'une d'elles – qui était en tête – S. Salomé Symonowicz, âgée de 40 ans fut condamnée à être fusillée. / Mais comme ce décret de mort ne réussit pas à la faire parler, on l'a mise dans un cachot où il n'y avait ni lumière ni assez d'air pour pouvoir y vivre longtemps; dans un de ses évanouissements on l'a transportée dans une ambulance et ensuite condamnée à 5 ans de prison à Kostroma où elle se trouve encore actuellement; [...]. / L'autre soeur, l'aide de S. Salomé fut échangée par le gouvernement polonais et est venue en Pologne en l'année 1925. [...]«, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

Pour d'autres questions elles ont refusé de répondre ne voulant compromettre le Clergé et les autres soeurs qui n'étaient pas encore en prison; on voulait instamment savoir quel rapport les soeurs ont eu avec l'étranger; mais sur ce point les soeurs n'ont pas donné des réponses. / Après trois mois de prison elles furent libres le samedi avant Pâques, 10 Avril 1927. / Prenant leurs précautions elles continuaient cependant à enseigner la religion aux enfants et à les préparer à la première Communion. / En Août 1927 la Supérieure, Anna Leszczynska, fut de nouveau mise en prison et déportée à Jeniseisk, Sibéria. / Six autres soeurs furent exilées à Kostroma (du coté de Moscou) [...].⁴⁴

Im Rahmen eines Wiener Diplomatenempfangs am 14. Jänner 1929 machte der Apostolische Nuntius in Wien Bundeskanzler Seipel auf das Schicksal der sieben Ordensfrauen aufmerksam und ersuchte ihn, beim sowjetischen Gesandten vorerst zu sondieren, »ob es ihm erwünscht wäre, in dieser Angelegenheit mit dem Nuntius direkt zu verhandeln oder ob Herr Jureneff es vorziehen würde, die Sache mit dem Herrn Bundeskanzler zu besprechen.«⁴⁵ Jener ließ durchblicken, dass er einer Vermittlung des Bundeskanzlers den Vorzug gäbe; er ersuchte um die Bereitstellung entsprechender Daten und versicherte, »... er würde sich freuen, wenn seine Demarche bei der Moskauer Regierung Erfolg hätte, er könne aber heute noch nicht mit Sicherheit sagen, ob er von seiner Regierung die gewünschte Antwort erhalten werde.«⁴⁶ Per einfacher Notiz (laut expliziter Anweisung auf einem Papier ohne Aufdruck mündiert) ist die Bitte des Bundeskanzlers samt den gewünschten Informationen noch im selben Monat an die Moskauer Gesandtschaft in Wien übermittelt worden:

»[...] Dr. Seipel [...] wäre Herrn Jureneff sehr verbunden, wenn er seiner Regierung von dem persönlichen Interesse Dr. Seipels für die genannten Schwestern mit der Bitte Mitteilung machen wollte, dass, wenn es möglich und zugänglich ist, eine Erleichterung der dem Vernehmen nach traurigen Lage der Internierten eintrete.«⁴⁷

⁴⁴ ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁴⁵ Sachverhaltsdarstellung unter dem Titel: »Unterredung des Herrn Bundeskanzlers anlässlich des Diplomatenempfangs am 14. Jänner 1929 mit dem Herrn Apostolischen Nuntius.«, Stempel 16.1.1929, gezeichnet Blaas, Z.20.203-13/29, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S. Ähnlichen Inhalts ibidem: Entwurf zur Information des österreichischen Gesandten Hein in Moskau, ohne Datum, Vermerk: «Streng geheim!».

⁴⁶ ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁴⁷ Entwurf zur Notiz mit genanntem Mündierungsvermerk, datiert Jänner 1929, Z.20.203-13/29, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

Die betont persönliche Form der Intervention kam offensichtlich dem ausdrücklichen Wunsch der Ordensleitung entgegen, »... que la plus grande réserve, prudence et discretion président à toutes les démarches dans cette affaire délicats.«⁴⁸ Eine Antwort der sowjetischen Stellen auf die Intervention Bundeskanzler Seipels hat sich in den Akten des Auswärtigen Amtes nicht niedergeschlagen und ist vermutlich auch nicht erfolgt.

6. Mit dem Kreuz gegen Hammer und Sichel? – Öffentliche Protestaktionen kirchlicher Organisationen in Österreich gegen die »Christenverfolgung« in der Sowjetunion 1930

Nicht zuletzt die offensichtliche Erfolglosigkeit diskreter diplomatischer Bemühungen sowie die weiter zunehmende Diskriminierung religiöser Gemeinschaften auf dem Gebiet der Sowjetunion führten dazu, dass sich der Heilige Stuhl – seinen durch die Lateranverträge erweiterten politischen Spielraum nutzend – Anfang Februar 1930 mit dem Aufruf zu einem »Kreuzzug des Gebetes« gegen die Religionsverfolgung in der Sowjetunion an die Weltöffentlichkeit wandte.

Einer der ersten Schritte im Sinne dieses Appells war eine Einladung des in Rom befindlichen diplomatischen Korps durch Papst Pius XI. zu einer Sühnemesse für Russland am 19. März selben Jahres. Die päpstlichen Vertretungen in aller Welt wurden dazu angehalten, im Sinne des Aufrufes auf die Regierungen Einfluß zu nehmen (vgl. Beitrag E.S. Tokareva). Der sowjetische Gesandte in Warschau bemerkte diesbezüglich gegenüber seinem österreichischen Kollegen, »dass wie in hiesigen diplomatischen Kreisen erzählt werde, unter allen Vertretern des Vatikans im Auslande der Wiener Nuntius die schärfste Intervention bei der oesterreichischen Bundesregierung eingeleitet habe«; der Angesprochene dementierte jegliche Kenntnis eines derartigen Schrittes bzw. Gerüchtes.⁴⁹ Vereinzelt Berichte österreichischer Vertre-

⁴⁸ Kopie eines zweiteiligen Memorandums, erstellt von »Mélanie-Rose / Provinciale Fran.Mis de Marie./ Décembre 192«, Z.20.203-13/29, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁴⁹ Bericht der österreichischen Gesandtschaft in Warschau an Bundeskanzler Dr. Johann Schober, Warschau 24.3.1930, Z.26.377 13/30, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, ff. 206 209.

tungen in europäischen Metropolen (z.B. London, Laibach, Warschau)⁵⁰ zeugen indes vom großen Echo, das die päpstliche Initiative hervorgerufen hat. Sie wurde auch für Gesandten Hein in Moskau zum Anlaß, mit 20. Februar datiert und zur Information des nunmehrigen Bundeskanzlers Schober bestimmt seinen wohl ausführlichsten Bericht zur religiösen Lage in der Sowjetunion (fünfeinhalb Seiten) zu verfassen. Für ihn bedeutete sie eine glückliche Wendung in der Vatikanpolitik; zudem glaubte er zu wissen, dass ihr der langfristige Plan zur Überwindung des Schismas mit der russischen Kirche zugrunde liege:

»[...] Der Schritt des Papstes, [...] der eine ganz neue Einstellung des Vatikans zu der Sowjet-Union bedeutet, muss wohl im Zusammenhange mit der katholischen Aktion betrachtet werden, [...]. Und es ist bezeichnend, dass die Aktion des Vatikans, der sich bisher in langen und mit zäher Geduld geführten Verhandlungen bemüht hat, mit den Bolschewiken zu einer Verständigung zu gelangen, gerade in dem Moment einsetzt, in welchem nicht nur die von Lenin eingeleitete NEP-Politik endgiltig liquidiert wird, sondern auch die Verfolgung der Kirche ihren höchsten Grad erreicht hat. Der psychologische Augenblick für das Hervortreten des Papstes hätte, dies wird in den hiesigen diplomatischen Kreisen ganz allgemein anerkannt, gar nicht günstiger gewählt werden können. Es zeuge von hoher Einsicht, dass der Vatikan, der in seinem ursprünglichen Bestreben, mit den Sowjets eine gemeinsame Plattform zu finden, seit der erzwungenen Liquidierung der katholischen Hilfsaktion in der Krim eine ganze Reihe bitterer Enttäuschungen verzeichnen musste, gerade jetzt die Aussichtslosigkeit weiterer Bemühungen einsieht, andererseits aber den Versuch macht, die in der Sowjet-Union durch die Zerschlagung der alten Formen der orthodoxen Kirche freigewordene religiöse Gläubigkeit in neue Formen zu gießen. / Dass diese für den Papst nur die katholischen sein können, ist selbstverständlich. Ein nur in ferner Zukunft erhofftes Ziel, die Kirchenspaltung zu überwinden, scheint plötzlich näher gerückt, da ja die Kirche mit längeren Zeiträumen rechnen kann, als mit den Fünfjahresplänen der Sowjet-Union [...]«.⁵¹

Im Unterschied zu den früheren ging dieser Bericht in längeren Passagen auch auf Vorgänge in der russisch-orthodoxen Kirche ein. Ferner erläuterte er die behördliche Strategie, unter Wahrung des gesetzlichen Scheines den

⁵⁰ Entsprechende Berichte über die Religionsverfolgung in Russland bzw. über öffentliche Protestkundgebungen dazu aus London 11.3.1930: Z.26.125-13/30, Laibach 15.3.1930: Z.26.345-13/30, Warschau 24.3.1930: Z.26.377-13/30, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁵¹ Lagebericht des österreichischen Gesandten in Moskau, Dr. Hein, an Bundeskanzler Dr. Johann Schober, Zl.10, laut Deckblatt Moskau 20.2.1930, registriert 10.3.1930, Z.25.976-13/30, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, ff. 179-184.

Lebensraum der Kirchen immer stärker einzuengen, und gelangte schließlich zu dem Schluß, »dass wohl mit vollem Fug und Recht von einer antireligiösen Tätigkeit der Sowjetbehörden gesprochen werden kann, ja, dass das Wort "Christenverfolgung" am Platze ist«.

Auch in Österreich fand der Aufruf des Papstes offene Ohren: Alte wie neue Dachorganisationen des katholisch-politischen Milieus (Diözesanverbände der Katholischen Aktion, die Christlichsoziale Partei, der Reichsbund der Katholiken Österreichs etc.) sowie viele Verbände und Vereine (bis hin zur Vereinigung der katholischen Edelleute in Österreich)⁵² veranstalteten Protestversammlungen und richteten flammende Appelle an den Bundespräsidenten oder die Bundesregierung, »endlich aus der unwürdigen und sträflichen Zurückhaltung herauszutreten« bzw. »im diplomatischen Verkehr mit Russland die materiellen Vorteile nicht allein [zu] berücksichtigen, sondern mehr noch die ideellen Güter, Gerechtigkeit, Gewissenhaftigkeit und Menschlichkeit, damit unser Land nicht dem gleichen Verderben entgegengehe, unter dem Russland seufzt«.⁵³ Die bürgerliche wie konfessionelle Angst vor den russischen Verhältnissen, die in diesen Versammlungen bis ins hintere Vorarlberg artikuliert wurde,⁵⁴ kann als Movens für den tragischen weiteren Verlauf der österreichischen Geschichte kaum überschätzt werden. Andererseits schärfte die Abscheu vor den Vorgängen in Russland offenbar auch den Blick auf die übernationale wie überkonfessionelle Würde des Menschen. So begrüßte etwa eine Salzburger Protestversammlung die Initiative des Papstes dahingehend, dass dieser sich gerade damit als »wahrer Anwalt der Religion sowie der Menschenwürde und des Menschenglückes«

⁵² Abschrift eines Solidarschreibens der Vereinigung katholischer Edelleute in Österreich an Papst Pius XI., Wien im April 1930, gezeichnet von Heinrich Clam-Martinić, Alfred Johannes Resseguier, Prinz Johannes Liechtenstein, Z.26.828, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S. Der Brief enthielt auch einen Appell an »... unsere christliche Regierung, sie möge mit den Regierungen aller Kulturstaaten ungesäumt und energischest die notwendigen Schritte unternehmen, die das sonst unvermeidliche Übergreifen der bolschewistischen Gefahr auf ganz Europa verhindern können«.

⁵³ Resolution einer Protestversammlung der Katholischen Aktion Salzburg, Salzburg 9. April 1930, Z.26.614, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, f. 216; bzw. Begleitschreiben zum Resolutionstext einer Versammlung der Linzer Katholiken an die Präsidentschaftskanzlei in Wien, Linz 15.4. 1930, Z.26.770, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, o.S.

⁵⁴ Von Massenkundgebungen in Vorarlberg 1928 und 1930 gegen »mexikanische Greuel« bzw. »russische Greuel« berichtet: Gerhard WANNER, *Vorarlberg*, in: Erika WEINZIERL und Kurt SKALNIK, *Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik*, 2. Band, Graz/Wien 1983, S. 1026.

erwiesen habe, indem er »gegen solch schändliche Vergewaltigung der primitivsten Menschenrechte mutvoll aufgetreten ist«.⁵⁵

Die zweifellos bemerkenswerteste und in dieser Form noch wenige Jahre zuvor wohl undenkbbare Manifestation fand in der Bundeshauptstadt Wien am 30. März 1930 statt. Ein Komitee unter Leitung des griechisch-katholischen Wiener Pfarrers Miron Hornykewitsch organisierte für diesen Tag eine »Interkonfessionelle Kundgebung für die Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Sowjetrepubliken«, die in der Presse und mittels Flugzetteln vor den Wiener Gotteshäusern beworben wurde. Den Auftakt bildete ein vom genannten Pfarrer in der Karlskirche zelebrierter Gottesdienst, zu dessen Abschluß Nuntius Sibilila den Apostolischen Segen erteilte. Zur eigentlichen Versammlung im Kurhaus vor polizeilich geschätzten ca. 1000 Personen traten Redner verschiedener Konfessionen ans Pult: Minister a.D. Richard Schmitz für die Katholiken, Dozent Dr. Hans Koch namens der Protestanten, Rabbiner Dr. Israel Taglicht sowie Vertreter der russisch-orthodoxen, ukrainisch-orthodoxen und griechisch-katholischen Kirche. Die Versammlung endete mit der Verabschiedung einer Resolution zugunsten der verfolgten Gläubigen Russlands sowie dem Aufruf an die »Gläubigen aller Konfessionen ..., ihrer schwer heimgesuchten Brüder in der Sowjetunion betend zu gedenken«.⁵⁶

Die heftige sowjetische Gegenpropaganda zur päpstlichen Initiative – zwei Gegenversammlungen der kommunistischen Partei erfolgten am Tag der Interkonfessionellen Kundgebung in Wien auch in Gastwirtschaften des dritten und vierten Gemeindebezirks⁵⁷ – zeigte an, wie sehr man mit dem öffentlichen Protest einen empfindlichen Nerv der Verantwortlichen zu treffen vermochte. Andererseits offenbarte der gesteigerte nachfolgende Terror gegen katholische Einrichtungen und Amtsträger die erschreckende Ohnmacht gegenüber einem politischen System dieses Zuschnitts. Diese ernüchternde Erfahrung kirchlicher Kreise muß wohl auch ins Kalkül gezogen werden, wenn von ihrem Verhalten gegenüber nachfolgenden Unrechtsregimen gehandelt wird.

Die österreichischen Regierungsstellen – wiewohl von den Resolutionen zu

⁵⁵ Resolution der von der Katholischen Aktion Salzburgs organisierten Protestversammlung an den Bundeskanzler und Leiter des Auswärtigen Amtes, Salzburg 9.4.1930, Z.26.614, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, f. 216.

⁵⁶ Bericht der Bundes-Polizeidirektion in Wien an das Bundeskanzleramt über die Interkonfessionelle Kundgebung für die Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Sowjetrepubliken, Z.IV-1111/30, Wien 31.3.1930, Z.26.388, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, ff. 211-214.

⁵⁷ ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, ff. 211-214.

energischem Handeln aufgefordert⁵⁸ – ließen sich jedoch nicht von ihrer Einsicht abbringen, dass ein diplomatischer Vorstoß zugunsten der Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion keinerlei Aussicht auf Erfolg haben würde bzw. den eigenen Interessen nur schaden könnte. Auf seine Anfrage hin legte das Außenamt dem ebenfalls um Intervention ersuchten österreichischen Bundespräsidenten Miklas den ernüchternden Tatbestand näher dar: »Es sei die Annahme irrig, dass bereits eine Macht einen Protest in Moskau vorgebracht hätte. Vielmehr hätten auch die grössten Mächte nicht gewagt, einen derart riskanten Schritt zu unternehmen. Für Oesterreich bestünde naturgemäss nicht die mindeste Möglichkeit hier initiativ vorzugehen«.⁵⁹

7. Die österreichische Diplomatie der Ersten Republik – ein willfähriger Interessenvertreter des Heiligen Stuhles in der Sowjetunion?

Die Ausführungen haben eine Palette diplomatischer Aktivitäten Österreichs thematisiert, die auf offizielle wie inoffizielle Anregungen des Heiligen Stuhles zurückzuführen waren. Sie reichte von der Informationsbeschaffung über die Bereitstellung infrastruktureller Einrichtungen der Gesandtschaften bis hin zur Erwägung und tatsächlichen Durchführung diplomatischer Interventionen. Der zeitliche Schwerpunkt dieser Aktivitäten lag in den Jahren 1927 bis 1930. Als Verbindungsglied zwischen den kirchlichen Stellen und dem österreichischen diplomatischem Apparat fungierte stets Bundeskanzler Ignaz Seipel, dem als arrivierten Kleriker der römisch-katholischen Kirche berechtigterweise

⁵⁸ Zum Beispiel Begleitbrief des Obmanns der Katholischen Aktion der Erzdiözese Salzburg, Dr. Peter Adamer, an Bundeskanzler Schober, Salzburg 9.4.1930, zur verabschiedeten Resolution, versehen »... mit der dringenden Bitte, die darin geforderte Intervention durchführen zu wollen«, Z.26.614, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, f. 215.

⁵⁹ Abschrift eines Begleitbriefes zur Protestresolution einer Katholikenversammlung in Linz an den Bundespräsidenten, Linz 15.4.1930, sowie Konzeption für die Abwicklung der Causa zwischen Präsidenschaftskanzlei und Bundeskanzleramt bzw. gegenüber den Proponenten der Protestversammlung, Wien 30.4.1930, Z.26.770, in ÖStA/AdR, BKA/AA, NPA 667, Fasz. *Russland* 3/2, ff. 222-223. Demnach hatte man von Seiten des Außenamtes folgendes behutsame Procedere vorgeschlagen: »... Die Präsidenschaftskanzlei müsse sich darauf beschränken, das Einsichtsstück dem Kabinett des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, zur Kenntnis zu bringen. Bei der Schwierigkeit der Materie würde es sich auch empfehlen, von einer schriftlichen Rückantwort Umgang zu nehmen. Es würde sich in Linz, anlässlich der am 30. April bevorstehenden Reise, sicher Gelegenheit ergeben, mündlich dem Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Stampfl oder dem Herrn Landeshauptmann, bzw. dem Herrn Landesamtsdirektor den von hieraus notwendigerweise eingenommenen Standpunkt klarzumachen. [...] Das Einsichtsstück ist, mit der einfachen Vidierungsklausel versehen, an die Präsidenschaftskanzlei zurückzuleiten [...]«.

ein Sensorium für die betroffenen Problemfelder zugetraut wurde. In fast allen Fällen wurde strengste Geheimhaltung vereinbart und ein informeller Weg der Umsetzung gewählt. Die innen- wie außenpolitische Brisanz der getätigten Schritte lag vorwiegend darin, dass ihr Charakter die rein politischen und wirtschaftlichen Interessen des formell konfessionsneutralen Staates überstieg bzw. ihnen potentiell zuwiderlief. Dass die diplomatische Hilfe in erster Linie Katholiken deutscher Muttersprache hätte zugute kommen sollen, trug diesem Interessenkonflikt in gewisser Weise Rechnung, indem er dem konfessionellen ein zusätzliches nationales Argument hinzufügte.

Trotz der mehrfach dokumentierten Bereitschaft von Verantwortlichen des österreichischen Auswärtigen Dienstes, kirchlichen Anliegen diplomatische Hilfe zu leihen, blieb die konkrete Ausbeute dieser Hilfsbereitschaft eher gering. Nachdem überhaupt erst Zweifel ausgeräumt werden mußten, ob die österreichische Vertretung in Moskau nicht eine kirchliche Unternehmung bewusst hintertrieben hatte, scheinen sich die Erwartungen in einen neuen, mit einschlägigem Auftrag nach Moskau entsandten österreichischen Botschafter zumindest hinsichtlich der Informationsbeschaffung nicht erfüllt zu haben. Den Akten nach zu schließen blieb der einzig konkrete Ertrag seiner Tätigkeit in dieser Hinsicht ein mehrjähriger Transfer kirchlicher Bücher mit diplomatischem Kurierdienst.

Auf wiederholte Bitten des Apostolischen Nuntius in Wien um diplomatische Interventionen allgemeiner und spezifischer Natur reagierten die verantwortlichen Stellen inklusive Bundeskanzler Seipel mit äußerster Vorsicht. Auf informellem Wege suchte man in den anstehenden Fällen Orientierung an Parallelschritten der deutschen Diplomatie und blieb dabei hinter deren Aktivitäten eindeutig zurück. Mit Ausnahme einer gleichsam privaten Intervention Bundeskanzler Seipels für inhaftierte Ordensfrauen, die in ihrer Durchführung jeden Anschein eines offiziellen staatlichen Schrittes vermied, wurde keiner der von kirchlichen Kreisen (dem Hl. Stuhl, österreichischen Katholikennorganisationen) erbetenen öffentlichen diplomatischen Vorstöße umgesetzt. Insofern hat die österreichische Diplomatie der Ersten Republik kirchlichen Anliegen in der Sowjetunion zwar willfährig ihr Ohr geliehen und etliche Schritte zu ihren Gunsten erwogen, umgesetzt wurden jedoch nur einige wenige Maßnahmen, deren Durchführung keinerlei Beeinträchtigung der offensichtlich als übergeordnet betrachteten staatlichen wie wirtschaftlichen Interessen erwarten ließ. Das Bundeskanzleramt der Ersten Österreichischen Republik, »welches bestrebt ist, dem Wunsche Sr. Heiligkeit nach Möglichkeit entgegenzukommen«, sah in den meisten Fällen letztlich »nicht die mindeste Möglichkeit hier initiativ vorzugehen«.